

SVP *ja*

SVP

UDC

Freiwilliger Abo-Beitrag
Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Die Zeitung des Mittelstandes

Offene Bahnhöfe!

Am 27. November stimmen wir über das neue Arbeitsgesetz ab. Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtes dürften zahlreiche Ladengeschäfte in den Bahnhöfen und Flughäfen sonntags nicht mehr öffnen. Das neue Arbeitsgesetz sichert die bisherigen Öffnungszeiten der Geschäfte. Ein JA zur Änderung des Arbeitsgesetzes ist ein JA zu attraktiven Bahnhöfen und Flughäfen! **Seiten 5 und 8**



Arbeitsgesetz JA

Pendenzberge abarbeiten!

Seite 6

Die stv. Generalsekretärin Aliko M. Panayides zur bevorstehenden Wintersession der Eidg. Räte

Schädliche Zentralisierung

Seite 11

Stadtrat Patrick Freudiger zu den negativen Auswirkungen der Zentralisierung im Kanton Bern

Ein klares Bekenntnis zur Miliz

Seite 13

Bundesrat Christoph Blocher spricht sich für die konsequente Beibehaltung der Schweizer Milizarmee aus



Schweizer zu sein ist kein Nachteil

Die Schweiz hat einen neuen Helden. Mit dem 19-jährigen Emmentaler Tom Lüthi holte sich die Schweiz nach 20-jähriger Pause wieder einen Motorrad-Weltmeister-Titel in einer Soloklasse. Auch an dieser Stelle herzliche Gratulation.

Tom Lüthi ist ein sympathischer Weltmeister, einer, der zu seinen Wurzeln steht, zum Emmental, zur Schweiz. Mit seinem Sieg hat er deshalb landesweite Freude ausgelöst. In den Medien wurde er als „wahrer Champion“, als „bewundernswerter Kämpfer“ gefeiert. Dem ist zweifelsohne so, denn die letzte Saison verlief nicht gerade zum Besten für Lüthi. Er hat trotzdem nicht aufgegeben, sondern weitergemacht und trotz widriger Umstände versucht, besser zu sein als die anderen. Denn darauf kommt es an. Der Weltmeister hat auch in schlechten Zeiten nie gejamert, nie irgendwelchen Umständlichkeiten die Schuld für seine Niederlagen gegeben. „Blick“ schrieb, dass die guten Infrastrukturen unseres Landes dem Sport Vorteile bringen, und es im Sport kein Nachteil, sondern vielmehr ein Vorteil sei, Schweizer zu sein. Bedingung sei, dass man die Vorteile nütze...

Es ist generell kein Nachteil, sondern ein Vorteil, Schweizer zu sein. Wir profitieren von Errungenschaften wie der direkten Demokratie und den Volksrechten, dem Föderalismus, der Neutralität. Doch oftmals geben wir gerade diesen Eigenschaften die Schuld für die Malaise unseres Staates. Die Schweiz ist ein Kleinstaat und keine Grossmacht. Deshalb erscheint es uns oft als mühsam oder gar aussichtslos, für eine Sache, für unseren Wohlstand und ganz grundsätzlich für die Qualitäten und Werte unseres Landes einzustehen. Für Werte wie Freiheit, Sicherheit, Souveränität und Wohlfahrt. Stattdessen vergleichen wir uns mit grossen Nationen und Gebilden, sehen unser Heil in der EU, wo all unsere Probleme gelöst würden. Diese Einstellung bringt uns jedoch nicht weiter. Wie Tom Lüthi müssen wir fähig sein, unsere Probleme selber im Kleinen zu lösen. Sind wir dies nicht im Stande, dann werden wir dies in einem grösseren Gebilde erst recht nicht können. Deshalb sollten wir die Vorteile, die unser Land bietet, besser nutzen, um unsere Probleme zu lösen und um erfolgreich zu sein. Tom Lüthi hat uns gezeigt, dass Schweizer zu sein kein Nachteil ist, im Gegenteil. ◀

Nationalrat Ueli Maurer, Parteipräsident SVP



Nationalrat Hugo Fasel,
Präsident Travail Suisse

Die Verordnung des Sonntags

Der **FETTNAPF DES MONATS** geht diesen Monat an **Nationalrat Hugo Fasel, Grüne Partei**. In seiner Funktion als Präsident der Travail Suisse wie auch als Vertreter der Christlichsozialen Partei verbindet kein Gegner des Arbeitsgesetzes so vorzüglich gewerkschaftliche wie auch religiöse Bedenken gegen das revidierte Arbeitsgesetz wie Hugo Fasel. Bei allem Respekt vor seinen Ängsten, erscheinen uns diese dennoch etwas simpel.

Nach Fasels Sicht der Gesellschaft obläge es den Menschen in unserer heutigen Zeit allein am Sonntag, gemeinsam zu feiern, zu beten und in sich zu gehen. Wer menschliche Beziehungen ernst nimmt, wem die spirituelle Einkehr wichtig ist, der wird durchaus auch in der Lage sein, schöne gemeinsame Erlebnisse und stille Momente ebenso unter der Woche, jeden Werktag über, wahrzunehmen. Weil die Gemeinschaft, weil die Kontemplation Bedürfnisse sind, welche uns bisher am Werktag noch nicht verboten wurden. In absoluter Negation heutiger Arbeits- und Lebensbedürfnisse soll aber den mündigen Bürgern der Moralriegel geschoben werden. Mit welchem Recht? Mit welcher Selbstüberzeugung?

Zuletzt gesteht Herr Fasel, er wolle am Sonntag seine Ruhe und es sei zu überlegen, wer denn am Sonntag wirklich gerne arbeite. Der erste Punkt ist Herrn Fasels private Entscheidung. Dann wird er philosophisch: Wer arbeitet denn tagtäglich mit derselben Freude? Arbeit ist Arbeit, in Gottes Namen. Wir sollten lieber zusehen, dass wir Arbeit ermöglichen und denen zur Verfügung stellen, die nicht an Fasels persönliche Wochenplanung gebunden sind.

Wenn die Kirchen und gewisse Politiker glauben, mit dem obligatorischen Pflichtsonntag für Alle die echten Wunden in Gesellschaft und Beziehungen lindern zu können – dann hilft wirklich nur noch Beten.



Arma cedant togae

Arma cedant togae, die Waffen des Soldaten mögen der Toga des Senators weichen. Der römisch-republikanische Grundsatz des Vorrangs der Politik gilt nach wie vor. Wer Vorrang hat, hat Verantwortung. Praktisch angewendet auf die schweizerische Gegenwart bedeutet dies, dass sich der Souverän, seine gewählte Bundesversammlung und alle Mitglieder des Bundesrates unter anderem auch intensiv mit militärischen Fragen beschäftigen müssen.

Die Beschäftigung des Volkes und seiner Vertreter und Vertreterinnen mit Verteidigungsdingen bringt eine enge Verbundenheit mit der Armee und ihren Aufgaben mit sich. Niemand will diese besondere Qualität unserer Sicherheitspolitik missen: Die F/A-18-Flugzeuge fliegen nach dem Willen des Volkes, unsere Soldaten im Friedensdienst im Kosovo sind nach dem Willen des Volkes bewaffnet. Allerdings kann auch die beste Sache übertrieben werden.

Gefahr zu Übertreibungen besteht in zwei Richtungen, im Verlust des Sinns für Proportionen und Zeitverhältnisse einerseits und in der Feinsteuerung auf untergeordneter technischer Ebene andererseits. Die Evaluation eines neuen komplexen Waffensystems, eines Helikopters zum Beispiel, geht von der Bedrohungslage und ihrer möglichen Entwicklung aus, definiert die Anforderungen, nimmt Rücksicht auf die finanziellen Möglichkeiten im Rahmen der langfristigen Planung und versucht im Verlauf der Erprobung und der kommerziellen Verhandlungen für unser Land den maximalen Gesamtnutzen auf die Lebensdauer des Systems herauszuholen. Wenn nun eine unterlegene Firma Geld ausgibt, um ihre Konkurrentin am Abschluss zu verhindern, ist das normal. Wenn diese unterlegene Firma - in richtiger Einschätzung des schweizerischen Hangs zum Perfektionismus und der helvetischen Liebe zum Detail - aus dem Zusammenhang gerissene Einzelheiten publiziert, denen man schlecht widersprechen kann, weil die offene Widerlegung Geschäftsgeheimnisse, ja unter Umständen auch militärische Geheimnisse offenbaren würde, die nicht an die Öffentlichkeit gehören können, ist das eine seit langem eingerissene Unsitte.

Wie sagte Bundesrat Karl Scheurer nicht am 28. August 1929 in Dübendorf, als es um eine Flugzeug-Beschaffung ging? „Eventuell bereitet uns ... eine nicht berücksichtigte Konkurrenzfirma Widerstand. Natürlich wird dieselbe nicht unter der eigenen Flagge segeln, sondern wird einen <Strohmann> für diese Angelegenheit verwenden. ... Dann gibt es im Parlament ... eine grosse Gruppe, die für die Landesverteidigung einsteht, insofern dieselbe nichts kostet.“ Nun: Wir alle kennen diese Gefahren und weil wir sie kennen, werden wir, alle, ihnen zu begegnen wissen. Dies ist eine Notwendigkeit, im Interesse des Landes und seiner Armee.

Bundespräsident Samuel Schmid

Freiwilliger Abonnementsbeitrag



Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Eine informative und aktuelle Parteizeitung ist die Grundlage, um alle Mitglieder und Sympathisanten der SVP stets auf dem Laufenden zu halten.

Die Produktion und der Vertrieb dieser Zeitung sind jedoch mit hohen Kosten verbunden. Insbesondere die Taxen der Schweizerischen Post sind seit 1. Januar dieses Jahres noch einmal massiv teurer geworden.

Deshalb liegt dieser Ausgabe ein Einzahlungsschein bei. Wiederum haben Sie so die Möglichkeit, einen freiwilligen Abonnementsbeitrag oder eine Spende zu überweisen. Wie üblich garantieren wir Ihnen, dass Ihr Beitrag vollumfänglich für die Parteizeitung SVPja eingesetzt wird.

Selbstverständlich ist es auch jederzeit möglich, die Parteizeitung mit einem Inserat zu unterstützen. Die aktuellen Inseratepreise finden Sie auf unserer Homepage www.svp.ch.

Aktuelle Infos, Reportagen, Trends, Porträts, Praxis-Beispiele und vieles mehr:

Die Landwirtschaft im Mittelpunkt

Das Thema Landwirtschaft bewegt – mehr denn je. Ob Sie Ihr Brot in der Landwirtschaft verdienen oder ob Ihnen die Menschen und das Leben auf dem Land ganz einfach am Herzen liegen: **Lernen Sie dieses starke Trio jetzt zum Spartarif kennen!**



«die grüne»

Das Fachmagazin für die Schweizer Landwirtschaft vermittelt alle 14 Tage umfassende Hintergrundinformationen zu Agrarwirtschaft, Tierhaltung, Management, Markt und Politik – mit vielen Interviews, Reportagen und Berichten. In jeder Ausgabe finden Sie zudem eine Fülle von praktischen Tipps, Lösungsansätzen und Ratschlägen, welche «die grüne» zusätzlich zum unentbehrlichen Helfer für jeden bäuerlichen Haushalt machen.

7x für nur Fr. 20.– (statt Fr. 28.–)

Jahresabo 26 Ausgaben
für Fr. 85.– (statt Fr. 104.–)
plus Geschenk:
Mini-Taschenlampe



«frauenland»

«frauenland» stellt jeden zweiten Monat das Leben auf dem Land mit all seinen Facetten vor und richtet sich an alle Frauen, welche im ländlichen Raum leben oder sich in irgendeiner Weise damit verbunden fühlen. Themen wie Haushalt, Küche, Garten und Ernährung fehlen dabei ebenso wenig wie Lebens-, Familien- und Gesundheitsfragen. Mit vielen nützlichen Tipps für Einkauf, Freizeit, Aus- und Weiterbildung sowie dem Ratgeberteil Geld und Recht im Alltag.

2 Ausgaben gratis!

Jahresabo für Fr. 30.– (6 Ausgaben)
plus Geschenk: Cappuccino-
Milchaufschäumer
«Latte Master»

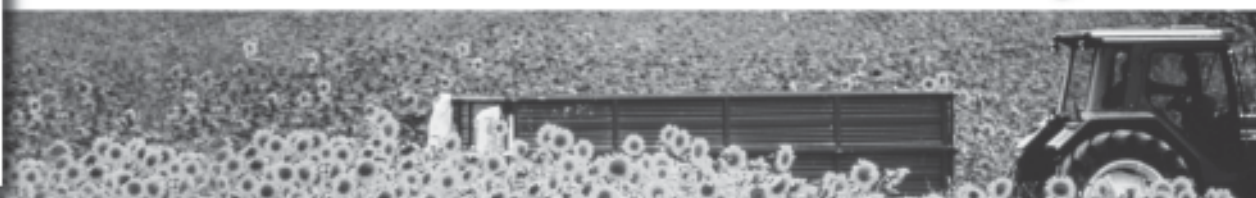


«BauernZeitung»

Die Wochenzeitung der bäuerlichen Organisationen in der Schweiz. Jede Woche aktuelle und kompetente Beiträge zu Agrarpolitik, Marktinformationen, Organisationen, aktueller und kompetenter Fachberatung und vielem mehr. Mit Regionalteil-Beilagen für die Zentral-, Nordwest- oder Ostschweiz und verschiedenen Extras.

13x für nur Fr. 20.– (statt Fr. 24.70)

Jahresabo (52 Ausgaben) für Fr. 77.–
bzw. Fr. 94.– / Fr. 97.– mit Regionalzeitung
plus Geschenk:
Mini-Taschenlampe



Jetzt Schnupper- oder Jahresabo anfordern!

Ja, ich möchte «die grüne»

Im Schnupperabo zum Kennenlernen 7 Ausgaben für nur Fr. 20.– statt Fr. 28.–

Jahresabo für Fr. 85.– (statt Fr. 104.–) (26 Ausgaben)

Ihr Geschenk: eine Mini-Taschenlampe

Ja, ich möchte «frauenland»

kennenlernen und erhalte 2 Ausgaben gratis

Jahresabo für Fr. 30.– (6 Ausgaben)

Ihr Geschenk: ein Cappuccino-Milchaufschäumer «Latte Master»

Ja, ich möchte die «BauernZeitung»

Im Schnupperabo zum Kennenlernen 13 Ausgaben für nur Fr. 20.– statt Fr. 24.70

Jahresabo (52 Ausgaben) für Fr. 77.– bzw. Fr. 94.– / Fr. 97.– mit Regionalzeitung

Ihr Geschenk: eine Mini-Taschenlampe

Coupon einsenden an: Schweizer Agrarmedien GmbH, Postfach 228, 3000 Bern 15

Absender

Herr Frau

Name / Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Datum/Unterschrift

AM045V

Am schnellsten gehts per Tel. 031 958 33 37 oder Fax 031 958 33 34 oder auf www.agrarmedien.ch



Panikmache von der Kanzel

Immer häufiger exponieren sich Pfarrer und Kirchenangestellte bei politischen Vorlagen. Mit unterschiedlichem Talent. Derzeit wird landauf und landab von der Kanzel verkündet, das revidierte Arbeitsgesetz hebe die Sonntagsruhe auf. Bei genauerem Hinsehen entpuppen sich die Argumente gegenüber dieser Gesetzesvorlage, welche sich auf Bahnhöfe und Flughäfen beschränkt, aber als reichlich absurd.

Am 27. November geht es darum, ob die bisherigen bewährten Ladenöffnungszeiten in Bahnhöfen und Flughäfen beibehalten werden können. Wenn es nach dem Bundesgericht gehen würde, müssten unzählige Läden künftig am Sonntag schliessen. Dies soll vermieden werden. Die Revision des Arbeitsgesetzes ist also im Interesse der Arbeitnehmer, aber auch des öffentlichen Verkehrs, des Tourismus und der Wirtschaft.

0,55% der am Sonntag Berufstätigen

Im Hinblick auf die Abstimmung über die Revision des Arbeitsgesetzes sehen die Kirchen die Sonntagsruhe gefährdet. Über Ärzte, Krankenschwestern, Bauern, Postauto-Chauffeure, Lokomotivführer, Bahnangestellte, Kioskhaber, Polizisten, Servicepersonal, Zoowärter, Aufsichtspersonal in Museen oder Journalisten, welche alle auch am Sonntag arbeiten, haben sie noch nie ein Wort verloren. Dies sind über 360'000 Personen.

Bei der Abstimmung über die Revision des Arbeitsgesetzes geht es um rund 2'000 Angestellte, welche im Falle einer Ablehnung ihre Stelle verlieren würden. Eine nicht zu vernachlässigende Zahl potentieller neuer Arbeitslosen. Und trotzdem: Mit Blick auf die 360'000 Leute, welche regelmässig an einem Sonntag arbeiten, entspricht dies 0,55

Prozent. Von einem „Dammbruch“ kann also schwerlich die Rede sein. Die Bedeutung des Sonntags hängt kaum von dieser Abstimmung ab.

Geschlossene Bahnhöfe sind wie verschlossene Kirchen

Mit Blick auf die von der Kirche vertretenen Werte sind aber auch andere Aspekte dieser Vorlage zu betrachten: Offene Bahnhöfe sind eine Visitenkarte für den Tourismus, für das Ferienland

Schweiz. Geschlossene Bahnhöfe sind etwa so attraktiv für die Touristen und die Bevölkerung wie verschlossene Kirchen für die Gläubigen.

Kirchen wie auch Gewerkschaften wollen offenbar, dass die Konsumenten bevormundet werden. Der Staat soll entscheiden, welches die „Bedürfnisse der Reisenden“ sind (vgl. Bundesgerichtsentscheid), wie gross die in den Bahnhöfen eingemieteten Geschäfte sein dürfen und wann die Konsumenten was einkaufen dürfen. Ist dies denn zeitgemäss?



Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP

Ja zu offenen Bahnhöfen

All diesen beflissenen Christen und Kirchenfunktionären seien die Worte ans Herz gelegt, welche Papst Benedikt XVI. anlässlich der Messe zu seiner Amtseinführung am 24. April in Rom formulierte: Der Hirte ist dann ein guter Hirte, wenn er sich in die Rolle seiner Schafe hineinversetzt. Und nicht dann, wenn er seine Herde als dumme Schafe ansieht, über die er verfügen kann.



STIFTUNG FÜR BÜRGERLICHE POLITIK

Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die „Stiftung für bürgerliche Politik“ ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlageerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.

Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächtnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettswil, oder Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP, Postfach 8252, 3001 Bern (Telefon 031 300 58 58).



Pendenzenberge abarbeiten

Die Wintersession ist wenig befrachtet und soll vor allem für die Abarbeitung von hängigen Vorstössen benutzt werden.

Zahlreiche Geschäfte stecken noch mitten in der Kommissionsberatung, so zum Beispiel die parlamentarische Initiative Hofmann zum Verbandsbeschwerderecht, welche die nationalrätliche Hürde voraussichtlich in der Frühlingssession in Angriff nehmen wird. Die Traktandenlisten der beiden Räte sind somit mit wenigen Geschäften belastet und die Sitzungstage können so für die Pendenzen in Form von bisher unbehandelten Vorstössen genutzt werden. Ein ganz zentrales Geschäft steht allerdings in der Wintersession doch zur Debatte, nämlich der Voranschlag für das 2006. Die SVP hat schon mehrfach Sparvorschläge erarbeitet und hofft nun auf bürgerliche Zusammenarbeit, wenn es darum geht, den Staatshaushalt endlich tatsächlich und ohne Kniffe in den Griff zu bekommen.

Inakzeptables Defizit

Der Vorschlag des Bundesrates zum Budget 2006 sieht Einnahmen von 52,1 Milliarden Franken und Ausgaben von 52,8 Milliarden Franken vor, das heisst rechnet mit einem Defizit von 697 Millionen Franken. Das Entlastungsprogramm 03 und das neue Finanzhaushaltgesetz sehen aber für das Jahr 2006 ein mögliches strukturelles Defizit von 1 Milliarde vor und gemäss Vorgaben der Schuldenbremse müsste der Bund für das Jahr 2006 einen Überschuss von 104 Millionen erzielen. Daraus ergibt sich ein maximal zulässiges Defizit von 896 Millionen Fr. für das Jahr 2006. Der Vorschlag des Bundesrates hat somit diesen maximal zulässigen Wert um rund 200 Mio. Fr. unterschritten. Dies mag ja

auf den ersten Blick ein Grund zum Jubeln sein, aber wollen wir uns wirklich mit einem solchen Defizit zufrieden geben, also damit, dass es ein bisschen weniger schlecht geht als auch schon?

Ziel: Ausgeglichenes Budget

Die SVP hat sich mit dem Vorschlag des Bundesrates nicht zufrieden gegeben. Mit Blick auf die mittelfristige Entwicklung des Bundeshaushaltes müssten bereits im Jahr 2006 Schritte unternommen werden, damit die Finanzen bis 2009 nicht aus dem Ruder laufen. Der Sparwille in den Kommissionen ist da. Nun wird es aber in der Session darum gehen, die bürgerlichen Sparvorschläge auch durch die Plenumsversammlungen zu bringen.

Sparen ist in verschiedenen Positionen möglich, offenkundig sind unter anderem die Möglichkeiten im Asylbereich. Der Rückgang des



► Aliko M. Panayides, stv. Generalsekretärin SVP

Asylrechtsmissbrauchs und die Restriktionen in der Unterstützung für abgewiesene Asylbewerber müssen sich auch in den Zahlen niederschlagen.

Endlich Gold in die AHV!

Die 7 Milliarden Franken des Bundes aus dem Verkauf des überschüssigen Nationalbankgoldes sollen nun doch endlich der AHV zugute kommen, wie dies die SVP immer vorgeschlagen hatte. Die vorberatende Kommission des Nationalrates ist damit einstimmig dem Kompromiss der Bundesratsparteien gefolgt. Die Ausschüttung des Geldes wird aber an eine Ablehnung oder einen Rückzug der so genannten KOSA-Initiative der Linken geknüpft und auch der direkte Gegenvorschlag zu dieser Initiative gestrichen. Wenn der Nationalrat seiner Kommission folgt, dürfte damit der Vorschlag, die künftigen SNB-Gewinne hälftig der AHV und den Kantonen auszuschütten, endgültig vom Tisch sein. ◀

„Es ist unehrlich, eine gentechnikfreie Schweiz für fünf Jahre zu versprechen, denn die Moratoriums-Initiative lässt den Import von gentechnisch manipulierten Lebensmitteln weiterhin zu.“

Deshalb sage ich Nein zum Gentech-Moratorium.“

Nationalrat Hermann Weyeneth
Jegenstorf (BE)



Am 27. November 2005:

Gentech-Moratorium NEIN

www.gentech-moratorium-nein.ch

Inserat

Erfolg ist planbar. Wie? Die Gratisbroschüre

„Das Erfolgsgeheimnis“

gibt Auskunft. Sofort anfordern!

Von Hans Müller, Heimatweg 1, 5040 Schöftland

Kompetente Köpfe in den Präsidien beider Räte

In der Dezembersession werden die Präsidien für die beiden Räte wieder neu bestellt. Dabei kann die SVP zwei Premieren feiern. Mit Nationalrat André Bugnon stellt die Partei erstmals einen 2. Vizepräsidenten aus der Suisse Romande, mit Ständerat Christoffel Brändli sogar erstmals einen 2. Vizepräsidenten im Ständerat.

André Bugnon 2. Vizepräsident Nationalrat



Geboren am: 13.09.1947 in Saint-Prex (VD)
Wohnort: Saint-Prex
Beruf: Agriculteur, Viticulteur
Titel: Maitre agriculteur
Verheiratet, drei Kinder

Bereits als junger Mann, mit nur 22 Jahren, wurde André Bugnon in das Gemeindeparlament von St. Prex gewählt und mit 30 Jahren in den Gemeinderat. Der Schritt in den Grossrat folgte dann 1988 und zwei Jahre später übernahm Bugnon auch das Amt als Gemeindepräsident von St. Prex. Nebst diesen Mandaten war auch sein Engagement für die Partei sehr gross, so wirkte er ab 1998 als Parteipräsident der grossen SVP Waadtland und prägte die Politik der SVP Schweiz in den Gremien stark mit. 1999 folgte die Wahl in den Nationalrat mit dem drittbesten Ergebnis des ganzen Waadtlandes.

Träf und wahr

Mit seiner humorvollen Art und seiner Fachkompetenz versteht es Nationalrat Bugnon, gewichtige Argumente nicht nur im richtigen Moment, sondern auch in der jeweils passenden Tonalität zu platzieren, und dies nicht nur auf französisch, sondern ebenso auf Deutsch. Diese Qualitäten haben ihm nicht nur in Bern grosse Achtung eingebracht.

Er vertritt die Parlamentarier der Suisse Romande im Fraktionsvorstand und prägt mit seiner Fachkompetenz die Politik in der sicherheitspolitischen Kommission (SiK) und der Finanzkommission (FK). Zudem ist er Mitglied der Versammlung der Parlamentarier französischer Sprache (APF).

Christoffel Brändli 2. Vizepräsident Ständerat



Geboren am : 07.03.1943 in Vnà (GR)
Wohnort : Landquart
Beruf : Wirtschaftsberater
Titel : mag. oec. HSG
Verheiratet, drei Kinder

Seit zehn Jahren vertritt Christoffel Brändli die SVP und den Kanton Graubünden im Ständerat. Er ist Mitglied des Fraktionsvorstandes und prägte als Präsident der Programmkommission mit seinen Ideen die letzten beiden Wahlprogramme der SVP Schweiz. Dabei kam mehr als einmal zum Ausdruck, dass der überlegte Stratege in seiner Freizeit ein passionierter Schachspieler ist. Seine lösungsorientierte Politik, aber auch seine staatsmännische Art und seine eloquente Vielsprachigkeit werden überall geschätzt. Diesen Qualitäten ist es zu verdanken, dass der SVP nach langen Jahren der Absenz auch im Ständerat ein Sitz im Büro und nun auch das zweite Vizepräsidium zugestanden wird.

Steile Laufbahn

Begonnen hat Ständerat Brändli seine politische Karriere 1969 als junger Gemeinderat von Igis. Ab 1971 setzte sich die Laufbahn im grossen Rat fort. Gleichzeitig amtete er 1979 bis 1983 als Gemeindepräsident. 1983 wurde er schliesslich in den Regierungsrat gewählt und war dabei mit seinen 39 Jahren jüngster Regierungsrat. Er wirkte in diesem Amt 10 Jahre lang bis er 1995 im Ständerat Einsitz nahm. Er ist heute Mitglied der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR (SGK-SR), der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR (UREK-SR) sowie der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR (KVF-SR).

10 Gründe für ein JA zum neuen Arbeitsgesetz

Ja zum heutigen bewährten Angebot

Es geht bei dieser Vorlage um die Erhaltung der Einkaufsmöglichkeiten, wie sie sich heute am Sonntag an grösseren Bahnhöfen und Flughäfen bieten. Es geht also nicht um eine Liberalisierung, sondern um die Rechtsgrundlage für die heute nur provisorisch geltende Regelung, die sich inzwischen bewährt hat.

Ja zum Plus für Stadt und Land

Von offenen Geschäften in Bahnhöfen und Flughäfen profitieren Stadt und Land gleichermassen. Jeder von uns ist einmal auf der Reise und mancher Sonntagsausflug beginnt und endet in einem Bahnhof. Mit dem Arbeitsgesetz haben Bundesrat und Parlament eine echt föderalistische Gesetzesgrundlage geschaffen, welche mittels Mitspracherecht sicherstellt, dass Bahnhöfe und Flughäfen dort – und nur dort – ein angemessenes Angebot bieten, wo dies den Reisenden und der Bevölkerung auch ein Bedürfnis ist.

Ja zum stressfreien Einkaufen

Die zahlreichen Interviews mit den Detailhandlungsangestellten der Bahnhöfe und Flughäfen zeigen eines deutlich: Die Kunden sind an Sonntagen entspannter, ruhiger, heiterer. Die stressfreie Einkaufsmöglichkeit am Sonntag ist gerade in unserer hektischen Zeit ein echtes Bedürfnis. Der Sonntag wird also durch das Einkaufen nicht abgewertet, sondern seine Bedeutung als besonderer und ruhiger Tag vielmehr noch unterstrichen.

Ja zum familienfreundlichen Lädelen

Warum sollte zum Sonntagsausflug nicht auch einmal das Lädelen im Familienkreis gehören? Unter der Woche ist es kaum möglich, sich einmal gemeinsam in einem Geschäft etwas auszusuchen oder die ganze Familie zu konsultieren, wenn es um eine grössere Anschaffung geht. Am Sonntag ist dies oft eher möglich. Keine Termine, keine Hektik, ein echt gemütlicher Familienanlass.

Ja zu attraktiven Stellen in den Bahnhöfen und Flughäfen

Wer an den Sonntagen arbeitet, wird bei einem Ja auch künftig mit zusätzlichen Entschädigungen belohnt, einerseits mit Lohnzuschlägen, aber auch mit zusätzlichen Freitagen. Damit sind die Stellen überaus attraktiv. Würde die Novembervorlage abgelehnt, ginge ein grosser Teil dieser Stellen verloren. Gerade heute zählt jeder Arbeitsplatz, und somit jede Ja-Stimme zum neuen Arbeitsgesetz.

Ja zu Wirtschaft und Gewerbe

Viele kleinere Geschäfte profitieren von den sonntäglichen Öffnungszeiten und können erst dadurch einen rentablen Umsatz erreichen. Eine Schliessung dieser Lädeli als Folge eines Neins wäre auch ein neuerliches schlechtes Signal für die Wirtschaft und brächte mehr Arbeitslose.

Ja zum öffentlichen Verkehr

Das Ja zur Einkaufsmöglichkeit in Bahnhöfen ist auch ein Ja zum öffentlichen Verkehr. Es schafft eine zusätzliche Attraktivität für Bahnbenutzer und somit einen echten Anreiz. Wer also für den öffentlichen Verkehr einsteht, sollte auch für das sonntägliche Angebot in den Zentren des öffentlichen Verkehrs einstehen.

Ja zu sicheren Bahnhöfen und Flughäfen

Belebte Bahnhöfe und Flughäfen, in denen Menschen ein- und ausgehen, um Besorgungen zu machen, sind auch sicherer. Angesichts der laufend steigenden Kriminalitätsrate wird dies immer wichtiger. Ein Ja zum Arbeitsgesetz ist somit auch ein Ja zu mehr Sicherheit.

Ja zum Willkommenssignal für Touristen

Den ersten Eindruck, den man bei der Reise in ein Land oder eine Region erhält, ist der Eindruck beim Aussteigen aus dem Zug oder dem Flugzeug, den Eindruck also beim Betreten des Bahnhofs oder Flughafens. Welch ein Willkommenssignal, wenn alle Geschäfte geöffnet sind, die Touristen feststellen, die Schweiz ist ein offenes Land, auch am Sonntag. Mit einem Nein wäre damit Schluss, zumal auch die Geschäfte in den Tourismusregionen damit unter Druck kämen. Nur ein Ja stellt sicher, dass die Touristen auch künftig zu uns reisen, und nicht einfach eine offenes Ferienziel suchen.

Ja zu einer vernünftigen Gesetzesgrundlage

Das neue Arbeitsgesetz ist nicht nur eine massvolle Gesetzesvorlage, sondern verhindert auch Rechtsstreitereien darüber, welche Geschäfte und Ladenflächen im Falle eines Neins geschlossen werden müssen. Bei einem Nein gäbe es nicht nur über die Läden in den Bahnhöfen und Flughäfen Gerichtshandel, sondern auch die Tankstellenshops und die Touristenzentren kämen unter Druck.

Gentech-Moratorium **NEIN**

UNEHRlich - SCHÄDLICH - ÜBERFLÜSSIG

Moratorien sind Verbote auf Zeit, sie lösen keine Probleme, sondern verschieben sie bloss. Die Initiative sagt überdies nicht, was während der Dauer des Moratoriums gemacht werden soll. Die unterschiedlichen Beurteilungen der Gentechnik werden bestehen bleiben. Die Entwicklung der Gentechnik in der Landwirtschaft wird weltweit weitergehen. Moratorien sind grundsätzlich der falsche Ansatz.

● **Moratorium bietet keine Lösungen**

Die Initianten fordern zwar ein 5jähriges Moratorium und wollen einer zukunftssträchtigen Technologie den Stillstand befehlen. Das angestrebte Gentech-Moratorium ist jedoch nichts anderes als ein Verbot auf Zeit. Die Initianten bieten damit keine Lösungsvorschläge an. Was während diesen fünf Jahren geschehen soll, wie sich die Haltung gegenüber der Gentechnologie verbessern soll, darüber wird kein Wort verloren. Mit dieser Verzögerungstaktik und der staatlich verordneten Denkpause werden keine Probleme gelöst, sondern es wird nur gewartet.

● **Globale Entwicklung geht weiter**

Das technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Potential einer neuen Technologie lässt sich im Voraus nur sehr schwer abschätzen. Klar ersichtlich ist, dass weltweit die Verwendung von GVO-Produkten zunimmt. Es ist gefährlich, eine wissenschaftlich-technische Entwicklung zu früh aus politischen oder gesellschaftlichen Erwägungen abzubrechen oder zu stoppen. Oder wie das chinesische Sprichwort sagt: man soll die Raupe nicht gering achten, denn niemand weiss, ob daraus ein Drache schlüpft!

Verpasst die Schweiz aufgrund des Moratoriums den Anschluss in der Gentechnologie – in Forschung und Praxis – wird sie sich weltweit selber ins Abseits manövrieren. Denn die globale Weiterentwicklung der neuen Technologien kann mit einem Moratorium in der Schweiz nicht aufgehalten werden.

● **Das Gentech-Moratorium ist unehrlich**

Die Initianten wollen in Wirklichkeit ein definitives Verbot. Nur angesichts der politischen Realität sind die Initianten von ihrer fundamentalistischen Position abgewichen und auf ein Moratorium von zunächst 10 und schliesslich 5 Jahren eingeschwenkt. Die Initianten werden auch nach 5 Jahren noch behaupten, die Gentechnik gehöre nicht in die Natur! Die Initiative ist nichts anderes als eine politische Zwängerei, hat sich doch das Parlament mehrere Male mit einem Moratorium beschäftigt und sich immer dagegen ausgesprochen.

Das Gentech-Moratorium verspricht den Konsumenten Lebensmittel aus einer gentechnikfreien Landwirtschaft, kann dieses Versprechen aber nicht halten. Denn auch nach einer Annahme der Initiative bleibt die Einfuhr von Produkten aus gentechnisch veränderten Pflanzen in die Schweiz gesetzlich erlaubt, und zwar sowohl als Nahrungs- als auch als Futtermittel.

Das Gentech-Moratorium verspricht den Bauern bessere Marktchancen mit gentechfreien Produkten. Ein staatliches Anbauverbot in der Schweiz wird die Marktchance der gentechfreien Produkte aber nicht verbessern können.

● **Das Gentech-Moratorium ist schädlich**

Das Moratorium sendet ein falsches Signal an den Forschungsplatz Schweiz. Die Schweiz braucht Innovationen und nicht Stillstand. Dazu müssen innerhalb des rechtlichen Rahmens alle modernen Technologien auch in der Schweiz eingesetzt werden können. Sonst geht die Entwicklung im Ausland weiter, und neue Arbeitsplätze werden dort geschaffen. Selbst wenn die Forschung vom Moratorium ausgenommen sein soll, kann die praktische Anwendung einer Technologie nicht von der Forschung getrennt werden.

Wer investiert schon Geld und Mühe in Forschung, deren Anwendung verboten ist? Heute nimmt die Schweiz bei der Forschung in der Pflanzenbiotechnologie weltweit den sehr beachtlichen 5. Rang ein.

● **Das Gentech-Moratorium ist überflüssig**

Die Konsumenten können heute frei wählen, was sie essen wollen und was nicht. Sie können sich schon heute für oder gegen gentechfreie Lebensmittel entscheiden. Dafür sorgen die strengen Regelungen zur Produktkennzeichnung (Deklarationspflicht) im schweizerischen Gentechnikgesetz, das weltweit eines der strengsten ist. Das Moratorium ändert daran nichts, es will den Konsumenten aber ihre Wahlfreiheit nehmen.

Die Bauern können schon heute freiwillig auf den Einsatz von Gentechnik verzichten, wie die zahlreichen Biolabels und die neu geschaffenen gentechfreien Zonen in verschiedenen Regionen der Schweiz beweisen. Die strenge Gentechnikgesetzgebung stellt sicher, dass das Nebeneinander der verschiedenen Produktionsweisen (Koexistenz) möglich ist. Dazu braucht es kein Moratorium. Das Moratorium will die Bauern aber bevormunden: anders als im Ausland sollen diese künftig keine neuen schädlings- und krankheitsresistenten Pflanzensorten mehr anpflanzen dürfen.

Herbstzeit = Wanderzeit:**Der praktische SVP-Rucksack!**

..... Expl. Rucksack	schwarz, hochw. Gewebe, bequeme Tragriemen	Fr. 25.--
..... Expl. Sitzungsmappe	schwarzes Kunstleder, A4, diskrete Logo-Prägung	Fr. 49.--
..... Expl. Sonnenbrille	rot, mit Schweizer Kreuzen und drei versch. Gläsern	Fr. 129.--
..... Expl. Pin	ab 10 Stk./Fr. 4.--	Fr. 5.--
..... Expl. Polo-Shirt	<input type="checkbox"/> dunkelblau <input type="checkbox"/> weiss / Grösse (S, M, L, XL)	Fr. 40.--
..... Expl. Post-it	Block à 50 Blatt	Fr. 2.--
..... Expl. Offiziersmesser	Original Victorinox	Fr. 20.--
..... Expl. Kleber	Bogen à 35 Kleber	Fr. 6.--
..... Expl. Jass	<input type="checkbox"/> französisch <input type="checkbox"/> deutschschweiz	Fr. 3.--
..... Expl. Ballone	Sack à 50 Stück	Fr. 40.--
..... Expl. Kugelschreiber		Fr. 2.50



Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Telefon Mail

Ort Datum Unterschrift

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern, per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch**Die Wettbewerbs-Gewinner aus der Ausgabe Nr. 10 / 2005****Einen praktischen SVP-Wanderrucksack gewonnen haben:****Martha Märki, Mandach / Elsi Huber, Wigoltingen / Dr. Ernst Scheurer, Muri bei Bern****Gesucht wurde Nationalrat Peter Föhn (SZ)****Wettbewerb****Welcher eidg. Parlamentarier verbirgt sich hinter diesem Bild?****Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 3 praktische SVP-Offiziersmesser****Kleiner Tipp:****Der gesuchte Parlamentarier ist in dieser Ausgabe abgebildet.**

Lösung

Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern, per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch**Einsendeschluss: Freitag, 2. Dezember 2005**



Schädliche Zentralisierung

Der Kanton Bern besteht aus rund 400 sehr unterschiedlichen Gemeinden. Was im 650-Seelendorf Bannwil gut ist, muss in der Bundeshauptstadt Bern nicht zwingend auch gut sein. Aufgrund der Verschiedenheit der Gemeinden kommt der Gemeindeautonomie eine grosse Bedeutung zu, und ein gesunder Wettbewerb unter den Gemeinden dämpft den Anstieg der Staatsquote.

Diese bewährte, erfolgreiche Tradition der Gemeindeautonomie wird in letzter Zeit aber immer mehr untergraben. Insbesondere die Zentralisierungs- und Harmonisierungsbestrebungen des Kantons Bern sind Gift für die Gemeindeautonomie.

Lastenausgleich

Gemeinden mit tiefen Steuern, die gute Steuerzahler anlocken, finanzieren in einem Umverteilungsverfahren weniger ertragreichere Gemeinden. Dies hemmt den Anreiz für Gemeinden, ihre Bürger nicht mit hohen Steuern zu belästigen.

Gemeindefusionen

Der Kanton Bern fördert Gemeindefusionen: Über 20 Fusionsprojekte sind am Laufen. Der Kanton kapituliert

vor der viel bemühten, mangelnden Bereitschaft zu ehrenamtlicher Arbeit und den Selbsterhaltungsproblemen in kleinen Gemeinden; ja er fördert diesen Missstand sogar noch grosszügig. Wenn z.B. zwei 1000-Einwohnergemeinden fusionieren, würde die neue Gemeinde 800'000 Franken erhalten, ohne die Beiträge zur Fusionsabklärung.

Einbürgerungen

Am 25. September wurden die Gemeinden ein weiteres Mal entmündigt. Neu darf nur noch der Gemeinderat über Einbürgerungen befinden. Nicht mehr die Gemeinde selbst darf entscheiden, welches Organ für die Erteilung des Schweizer Passes zuständig ist.

Wahlkreisreform

Noch vor nicht allzu langer

Zeit bestand der Kanton Bern aus 27 Wahlkreisen, heute sind es noch 8. Bevölkerungreiche Gemeinden erhalten mehr Gewicht, zu Lasten der kleinen, ländlichen Dörfer.

Bezirksreform

Auch die heute 27 Ämter sollen auf 5 Verwaltungsregionen bzw. 10 Verwaltungskreise verkleinert werden. Die Bürgernähe der Verwaltung würde abnehmen und die heute hocheffizienten Regierungstatthalterämter würden durch diffuse Bürokratien ersetzt.

Die SVP macht sich konsequent für den Erhalt der Gemeindeautonomie stark, wird im Parlament aber immer wieder von einer Mehrheit aus SP und FDP überstimmt. Im nächsten April wählen die Berner Stimmbürger ein neues Kantonsparlament und eine neue Kantonsregierung: Eine Chance, mehr Volksvertreter



Kurzportrait

Patrick Freudiger, geboren am 4.11.1984, wohnt in Langenthal. Er studiert Rechtswissenschaften an der Universität Bern und ist unter anderem Langenthaler Stadtrat, Vizepräsident der Jungen SVP des Kantons Bern und Vorstandsmitglied der Vereinigung „Pro Libertate“. Hobbies: Politik, Geschichte, Hund, Jassen

zu wählen, die sich klar für die Gemeindeautonomie einsetzen. Die SVP ist bereit, diese Aufgabe zu übernehmen. Im Interesse unseres Kantons Bern.

ACHTUNG!

**SVP-Sonderparteitag
zur Europapolitik**

**Samstag, 3. Dezember 2005
Suhr (AG)**

**Am Anfang
jeder starken
Werbung
steht das
Inserat!**

**Inseratetarif
auf www.svp.ch**

Impressum SVPja

**Herausgegeben von der
Stiftung SVP-Parteizeitung**

Erscheint 12 Mal im Jahr

Verantwortlich für die Redaktion:
Simon Glauser, Chefredaktor

Anzeigenverwaltung:
Simon Glauser, Telefon 031 300 58 53,
Fax 031 300 58 59, svpja@svp.ch

Postadresse:
Generalsekretariat SVP
Brückfeldstrasse 18
Postfach 8252
3001 Bern
Telefon 031 300 58 58
Fax 031 300 58 59
Mail svpja@svp.ch

Abonnementspreise:
Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.-
Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

Bankverbindung:
Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:
Verlag Zofinger Tagblatt
Henzmannstrasse 18
4800 Zofingen
Telefon 062 745 93 93
Fax 062 745 93 49

Adressänderungen:
siehe Adresse "**Druck**" oder Mail an zollinger@svp.ch

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahrten Spass macht.

Stadler Bussnang AG
CH-9565 Bussnang
Telefon +41 (0)71 626 20 20
E-Mail stadler.bussnang@stadlerrail.ch
www.stadlerrail.com



Ein klares Bekenntnis zur Miliz

Am Modell der Milizarmee sei konsequent festzuhalten. Zu diesem Schluss kamen die Referenten der diesjährigen Tagung „Chance Miliz“. In unmissverständlichen Worten sprach sich Bundesrat Christoph Blocher für die konsequente Beibehaltung der Milizarmee aus. Nachfolgend die wichtigsten Aussagen aus seinem Referat:

„Sie haben mir aufgetragen, quasi als lebendes Muster-Exemplar, über die Chancen und Möglichkeiten des Milizsystems zu sprechen. Die Vorgabe von Ihnen lautete: «Wie ist es gelungen «alles» (Familie, Beruf, Militär, Politik) erfolgreich unter einen Hut zu bringen.» Immerhin waren Sie so gnädig, das «alles» in Anführungsstriche zu setzen. Sie können von mir keine Laudatio auf mich selber erwarten – denn darauf liefe der Referatstitel hinaus. Aber ich will Ihnen die Wurzeln meines Engagements für die Öffentlichkeit freilegen.

Eine Frage, die mir immer wieder gestellt wird, lautet: Warum so viel Engagement und wie war dieses Pensum überhaupt möglich? Ich beantworte diese Frage immer gleich: Die Erklärung liegt im Motiv meines Schaffens. Ich betrachte den Beruf (vor allem derjenige des Unternehmers), die Politik und das Militär als Aufgabe an der Öffentlichkeit und nicht als Selbstverwirklichung. Und hier – nirgends sonst – liegen die Wurzeln. Ich will Ihnen diese Wurzeln freilegen.

Es geht nämlich um eine persönliche Grundüberzeugung, die mein ganzes Handeln durchdringt: Dass nämlich Selbstverantwortung und eine grösstmögliche Freiheit für jeden Einzelnen die beste Grundlage für eine erfolgreiche Gesellschaftsordnung und damit für einen Staat bildet. Es ist interessant: Wer Eigenverantwortung und Freiheit hoch hält und vor allem auch lebt, landet fast zwangsläufig beim Milizsystem, denn auch hier ist Selbstverantwortung des Einzelnen gefordert, auch hier gibt man ihm dafür grösstmögliche Freiheit. So ist die Miliz ist die logische Weiterführung des Prinzips Eigenverantwortung auf der gesellschaftlichen Ebene. Die Miliz ist die Urkraft des freien Staates.

Miliz ist Chance – aber auch Pflicht

Unbestritten: Ich bin ein bekennender Anhänger des Milizsystems. Man muss ja nicht gleich von «Lebensschule» sprechen. Aber gerade der Militärdienst bot mir und vielen anderen die Chan-

ce, Führungsstrukturen kennen zu lernen und Führung auszuüben, wie dies wohl in keinem anderen Bereich in einem solchen Alter möglich gewesen wäre. So war ich als gut Zwanzigjähriger mit Problemen und Aufgaben konfrontiert, die heutzutage ein dreissigjähriger dienstuntauglicher Soziologiestudent im 18. Semester wohl kaum aus eigener Erfahrung erlebt.

Das Milizsystem hilft nach wie vor eine breite Palette von Kenntnissen zu erwerben, die auch in der Wirtschaft zählen. Aber es gilt auch das Umgekehrte! Man könnte von einer wechselseitigen Befruchtung sprechen. Die Milizarmee ist ein komplexes Gebilde, das aber bemüht ist, durch simple Führungsgrundsätze die Abläufe so weit zu vereinfachen, wie es nur irgendwie geht. Die drei K (kommandieren, kontrollieren, korrigieren) sind jedenfalls universale Prinzipien.

Wie mancher Firmenchef hätte allein mit diesen Eselsbrücken seine Firma retten können! Die Swissairpleite wäre mit diesen 3 K ausgeblieben.



Also Sie sehen: besuchen Sie die Unteroffiziersschule statt Oxford-Managementkurse. Die Tatsache, dass heute eine Offiziersausbildung nicht mehr gerade als Voraussetzung für eine wirtschaftliche Karriere gilt, führte dazu, dass heute wohl weniger reine Karrieristen in die Armee drängen. Das ist nicht schlecht. Vielleicht muss man heute die Miliz mehr als Pflicht denn als Chance verstehen. Wer an eine liberale Schweiz glaubt, wer die Unabhängigkeit unseres Landes schätzt, wer die Gefahren einer reinen Berufsarmee erkennt, wer die positive gesellschaftliche Funktion einer Milizarmee ohne Klassenunterschiede begreift, wird eher bereit sein, seinen ganz persönlichen Dienst dafür zu leisten.“

Es gilt sowohl das schriftliche wie das gesprochene Wort. Die komplette Reden finden Sie auf www.chancemiliz.ch

Wellness-Hallenbad-Sauna-Dampfbad-Whirlpool

Hotel Alpenblick
Fieschertal

Ski-Päckli Winter 2005/06

für SVP-Mitglieder
Fr. 895.-

- 7 Übernachtungen mit Halbpension
- Benützung Wellnesscenter, Tiefgarage
- 6 Tage Skipass "Aletsch" (Fiescheralp-Bettmeralp-Riederalp)
- Autoverladebillet für die Heimfahrt

Fam. Holzer Fabian; CH-3984 Fieschertal
www.hotelalpenblick.ch; alpenblick@rhone.ch
Tel. 0279701660; Fax.0279701665

ALETSCH **GOMIS**



Die Landbevölkerung muss sich politisch engagieren

Beim Unwetter Ende August wurde das 250jährige Haus seiner Familie zerstört: Rolf Allenbach, Gemeinderat in Reichenbach, zieht aus dem Schadenereignis wichtige Erkenntnisse für die Politik und will anpacken, statt zu verzagen. Insgesamt beträgt der Schaden im Kanton Bern mehr als 100 Mio. Franken.

Der Dorfteil Kien, Gemeinde Reichenbach, 22. August 2005. Morgens um drei Uhr muss Rolf Allenbach (siehe Kasten) in seinem Stall bereits zum Rechten sehen. Der Bach, der dem Ortsteil den Namen gibt, tritt nach intensiven Regenfällen über die Ufer. Nachmittags kommt der Telefonanruf eines Veterinärs aus dem Tal, man müsse in Kien weg – nach einem Erdbeben führe der Bach viel Geröll mit. Die sechs Reiterpferde im Alter zwischen fünf und 15 Jahren werden in den höher gelegenen Weiler Aris gebracht und dort bei einem Bauern eingestellt. Der sonst eher ruhige Bach überströmt, schon zum zweiten Mal innert fünf Jahren, die Strasse und den Stall.

Das Schlimmste scheint überstanden

Mit einem Bagger wird vor den Häusern ein provisorischer Damm aufgeschüttet. Dieser hält das Wasser ab. Aus den im Gefahrenbereich stehenden Häusern werden Kleintiere wie Hühner und Kaninchen gerettet. Nach anderthalb Stunden zieht sich das Wasser zurück. Das Schlimmste scheint überstanden. Scheint. Denn wegen eines unbemerkten Erdbebens staut sich die Kien zu einem See. Als dessen Damm bricht, treffen die Wassermassen mit voller Wucht den vom Bagger aufgeschütteten Damm und verwüsten den Ort. Sirenenalarm – 150 Personen flüchten – es geht ums Überleben.

Der Bach bricht sich Bahn, strömt mitten durch den Weiler, bringt Schutt und Zerstörung.

Nachtwache

„Die Solidarität unter der Bevölkerung war unheimlich stark“ erinnert sich Rolf Allenbach. Die obdachlosen Personen finden in Aris Unterschlupf. 20 Personen nächtigen bei einem Nachbarn. Die ganze Nacht durch wird Wache gehalten, damit nicht Erdbeben die Häuser an den Hängen mitreißen. Nach drei Tagen entspannt sich die Lage endlich. Militär mit grossen Maschinen korrigieren den Wasserlauf der Kien und zwingen sie in ihr angestammtes Bachbett zurück. Doch ausgestanden ist nichts.

Als Rolf Allenbachs linkes Bein am 22. August zu schmerzen beginnt, glaubt er, das habe mit dem Stress wegen des Unwetters zu tun. Er schluckt Schmerztabletten. Am 1. September muss er notfallmässig ins Spital, wo er am 5. September dann wegen einem akuten Bandscheibenvorfall operiert werden muss. Das 250jährige Haus, in dem die Familie Allenbach wohnte, ist stark beschädigt. Das alte Holz hat sich mit ausgelaufenem Oel vollgesaugt. Abriss und Neuaufbau sind die letzte Konsequenz. „Das Unwetter und die Schäden haben mir einmal mehr gezeigt, wie wichtig in unserer Gesellschaft die Politik ist“, sagt der Reichenbacher Gemeinderat Rolf Allenbach.

Er listet folgende Erkenntnisse auf:

Es braucht die Solidarität Stadt-Land, zwischen den Regionen und Landesgegenden. Aus eigener Kraft kann eine Gemeinde wie Reichenbach solche Schäden nicht bewältigen. Darum braucht es den kantonalen (Filag) und den nationalen (NFA) Finanzausgleich.

Die Alarmorganisation hat sich bewährt – aber wenn ohne Strom und Kommunikation (Service Public) – nicht einmal mehr die Natel funktionieren – ist man auch in einer Landregion bei der Bewältigung einer solchen Krise stark eingeschränkt.

Die Bezirksorganisation (Regierungstatthalter) arbeitete unbürokratisch, rasch und kompetent. Die Nähe der Behörde und die damit verbundenen Kenntnisse der Region waren wichtig und wertvoll.

Information und Kommunikation sind sehr wichtig, in solchen Situationen aber nicht optimal. Der Gemeinderat ist Ansprechperson und stark gefordert.

Erst Ende Oktober wurde von kantonalen Seite entschieden, welche Häuser saniert und welche nicht mehr aufgebaut werden dürfen. Einerseits erwartet man eine Entscheidung, der Hand und Fuss hat. Andererseits möchte man in der betroffenen Region möglichst sofort wissen, wie es weitergeht.



Kurzportrait

Der Berner Oberländer Rolf Allenbach wohnt mit seiner Frau und drei Knaben in der Gemeinde Reichenbach – einer Gemeinde, die vom Unwetter im August stark betroffen wurde. Der 42-jährige gelernte Elektromonteur ist heute Leiter Lok-Personal Depot Spiez. Im Reichenbacher Gemeinderat leitet er das Ressort Vormundschaft, Gesundheit und Soziales.

Das Warten und die Unsicherheit bringt Unruhe in die Bevölkerung.

Eine bereits erstellte Gefahrenkarte muss entsprechend angepasst werden. Es ist zu entscheiden, wie die Kien künftig zu verbauen ist, damit die Bevölkerung in Reichenbach auch eine Zukunft hat – diese Sicherheit ist wichtig, nur so hat die dezentrale Besiedlung des Kantons Zukunft.

In der Diskussion zwischen oberem und unterem Dorfteil sind die Interessenabwägungen zu machen. Politik pur.

„Dem Unwetter zum Trotz – oder gerade wegen den Unwetterschäden,“ so Rolf Allenbach, „ist unsere Landbevölkerung politisch gefordert, mehr denn je.“ Er befindet sich gesundheitlich auf dem Weg zur Besserung und will sich wegen den Erfahrungen, die er machte, umso stärker politisch engagieren. ◀

Eidgenössische Wahlen 2007: Die Jugend fördern!

In etwas weniger als zwei Jahren finden die nächsten National- und Ständeratswahlen statt. Die Wahlen sind für die SVP und unsere rechtsbürgerliche Politik, welche in den vergangenen zwei Jahren Erfolge auf nationaler Ebene feiern konnte, von grösster Bedeutung. Will heissen, der Wahlkampf sollte eigentlich schon begonnen haben, die entscheidenden Weichen müssen aber in den kommenden Monaten in allen Kantonen gestellt werden.

Die SVP sollte in allen Kantonen mit gut durchmischten Listen auftreten und gerade auch die in den Kantonen stark engagierten Jugendlichen in den Wahlkampf einbinden. Nur durch die Förderung dieser Jugendlichen können wir die nächste „SVP-Generation“ in den kantonalen aber auch nationalen Parlamenten und Gremien sicherstellen.

Die SVP ist schon seit langem die Partei der jungen Generation. Die Jugend von heute ist sehr EU-skeptisch, das wissen wir nicht erst seit den letzten Umfragen. Dank dieser diesbezüglich klaren politischen Botschaft der SVP, aber auch dank ihrem seit Jahren bestehenden harten und konsequenten Kurs in der Asyl- und Ausländerpolitik und in vielen anderen sachpolitisch wichtigen Fragen haben gerade Neuwähler die SVP als „ihre“ Partei entdeckt. Die Erfolge der vergangenen Jah-

ren auf kantonalen wie auch nationaler Ebene bestätigen diese Untersuchungen, die SVP kann auch bei der Jungwählerschaft gut mobilisieren.

Junge SVP weiter auf dem Vormarsch

Doch nicht nur jugendlicher Wähler, sondern auch junge Parteimitglieder sind in allen Sektionen besonders aktiv und engagiert. Beinahe in jedem Kanton existiert seit Jahren eine Junge SVP. Die Parteileitung und der Leitende Ausschuss der Jungen SVP Schweiz haben unlängst die Sektion „Fribourg“ aufgenommen, weitere Gründungen in der französischsprachigen Schweiz (Genf, Jura) werden in den kommenden Monaten erfolgen. Schon heute hat sich die JSVP in den meisten Kantonen einen Namen gemacht und einen ge-

wissen Bekanntheitsgrad.

Die SVP verfügt über viele gute Junge

Daher kann bereits heute gesagt werden, dass dank der Jungen SVP und deren kantonalen Mutterparteien die SVP über eine starke Jungtruppe verfügt. Unlängst hat sich dies mit der Gründung des Jugendkomitee für das Arbeitsgesetz wieder gezeigt. Angefangen hat es mit Toni Brunners Wahl in den Nationalrat, heute schon haben wir in vielen Kantonen Jung-SVPLer in den Parlamenten. In Schaffhausen konnte die Junge SVP gar mit einer eigenen Liste Vertreter ins Parlament schicken. Auch in Basel-Stadt, Solothurn, Bern, St. Gallen, Schwyz und Zürich sitzen viele junge Politiker unserer Partei in den Parlamenten. Diese Arbeit muss auch in den kommenden Jah-



► Joël A. Thüring, Grossrat Kanton Basel-Stadt, Präsident Junge SVP Schweiz

ren konsequent weiterverfolgt werden. Man darf engagierte und initiative Jugendliche nicht nur für Standaktionen und Unterschriftensammlungen gewinnen, man muss ihnen auch die Chance geben sich in den Kantonen zu etablieren und ihnen eine Plattform für eine politische Tätigkeit geben.

Gute Listen- plätze für die Jugend

So ist es immer sinnvoll wenn man engagierten Jugendlichen die Möglichkeit zur Ausübung eines Parteiamentes gibt. Sie lernen so die SVP am besten kennen und können sich so hervorragend auch intern integrieren und profilieren. Die Junge SVP soll auch weiterhin, wenn immer möglich, mit eigenen Listen antreten – jedoch ist es auch für die SVP von Vorteil wenn auf ihrer Liste gute junge Menschen starke Listenplätze erhalten und so die Chance bekommen gewählt zu werden. Junge können so gefördert werden und die SVP wird auch in Zukunft mit gutem Nachwuchspersonal in die Parlamente einziehen können. ◀

**Hast Du Interesse an
der Politik der Jungen SVP?
Auf www.jsvp.ch findest Du
alle wichtigen Informationen.
Schau doch mal rein!**

Mit unserem JA zum Arbeitsgesetz...

... garantieren wir die heutigen Einkaufsmöglichkeiten in Bahnhöfen und Flughäfen auch für die Zukunft.

... dürfen alle Geschäfte in Bahnhöfen und Flughäfen ihre bisherigen bewährten Öffnungszeiten beibehalten.

... sichern wir zahlreiche beliebte Arbeitsplätze.

... leisten wir einen wichtigen Beitrag für einen attraktiven öffentlichen Verkehr.

... bleiben uns die grossen Bahnhöfe und Flughäfen als lebendige, moderne und sichere Begegnungszentren erhalten – an 7 Tagen pro Woche.

Deshalb stimmen wir am 27. November 2005:

Offene Bahnhöfe

Arbeitsgesetz

JA

www.arbeitsgesetz-ja.ch
info@arbeitsgesetz-ja.ch
PC-Konto 60-723723-2

Komitee für offene Bahnhöfe und Flughäfen
PF 8252, 3001 Bern